



# Pensionsparadies Österreich.

Die Frühpension hat in Österreich Tradition – vor allem im öffentlichen Bereich. Wie lange wir uns das ohne echte Reformen noch leisten können, ist fraglich.

**Gastkommentar von  
Matthäus Kattinger:** Traumtän-  
zer auf schiefer Ebene **Seite 10**

**Serie: Mythen und Fakten**  
Gibt es ein „Kaputtsparen“?  
**Seite 15**

**Wien:** Interview mit BM Alois  
Stöger über künftige Projekte  
**Seite 22**

# Rückkehr zur Normalität – nur nicht in Österreich

**KONJUNKTUR** In einem scharfen Kontrast zum europäischen Geleitzug befindet sich die österreichische Wirtschaft weiterhin auf der konjunkturellen Kriechspur.

**W**ährend sich die allmähliche Aufhellung des konjunkturellen Gesamtbildes in Europa im Verlauf der vergangenen Monate fortgesetzt hat, ist von einer Belebung in Österreich nach wie vor nichts zu spüren. Die konjunkturelle Lethargie hierzulande hält weiter an.

Die hauptsächlich von der Bundesebene ausgehende Unsicherheit bezüglich der Verlässlichkeit der standortspezifischen Rahmenbedingungen in Österreich gilt es zu überwinden. Andernfalls läuft das Land Gefahr, in einen Teufelskreis zu geraten, bei dem sich die Stagnation selbst perpetuiert. Denn neben der seit Jahren anhaltenden Erosion der heimischen Wettbewerbsfähigkeit wurde in jüngerer Zeit das Vertrauen in den Standort durch eine Serie diskretionärer wirtschafts- und

fiskalpolitischer Interventionen erheblich reduziert. Die dadurch ausgelöste Investitionsschwäche trübt die mittel- und langfristigen Wachstumsaussichten Österreichs und veranlasst die Investoren zur Absenkung ihrer Absatzerwartungen. Dies wiederum macht eine Revision der Investitionspläne erforderlich, was die Investitionsschwäche in Österreich abermals verschärft.

Sollte es nicht gelingen, dieser Abwärtsspirale zu entkommen, wird die noch vor wenigen Jahren unwirklich erscheinende historische Negativrekordmarke einer halben Million arbeitsloser Personen in Österreich trotz eines Konjunkturaufschwunges im übrigen Europa überschritten werden. Schlimmer noch, inzwischen droht Österreich investitionsseitig die erste wirtschaftlich verlorene Dekade in Friedenszeiten. iv

## IV-KONJUNKTURUMFRAGE

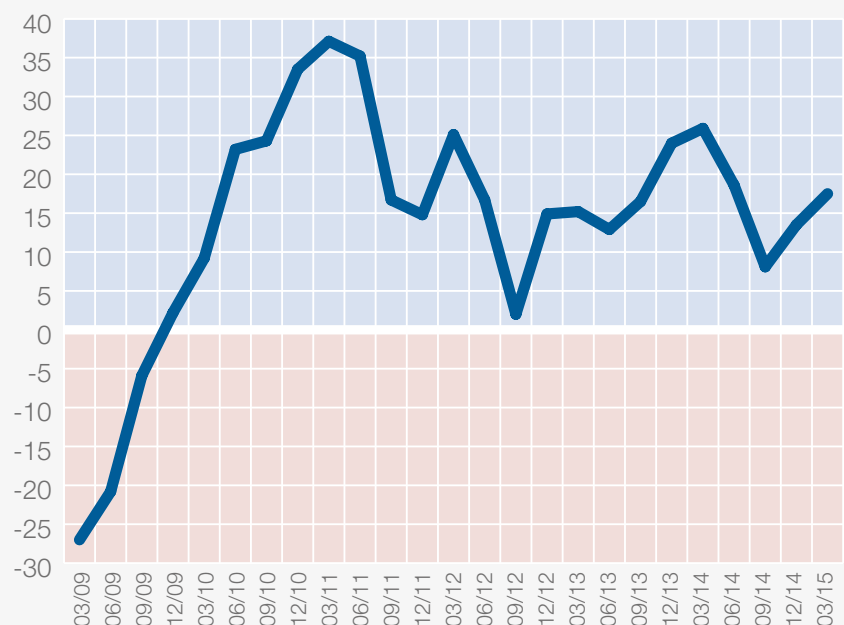
Der Wert des IV-Konjunkturbarometers, welches als Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten bestimmt wird, erholt sich moderat nach +14 Punkten im Vorquartal auf +18 Punkte.

Zum selben Zeitpunkt des Vorjahres lag der betreffende Wert deutlich höher bei +26 Punkten, obwohl sich das konjunkturelle Umfeld in Europa – angefangen vom Rohölpreis über den Wechselkurs bis zu den Finanzierungsbedingungen – derzeit günstiger als vor einem Jahr präsentiert.

Christian Helmenstein  
c.helmenstein@iv-net.at

**WEBTIPP:**  
[www.iv-net.at/blm37](http://www.iv-net.at/blm37)

### Konjunkturbarometer



# Doppeltes Spiel bei den Pensionen



## Der Staat muss seine Hausaufgaben machen – nicht die Unternehmen.

Experten von Wifo, IHS, OECD, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds rufen Österreich seit Jahren dringend auf, das Pensionssystem zu reformieren. Geschehen ist bisher kaum etwas. Weite Teile der Politik wollen ihrer Wählerschaft das Pensionsparadies Österreich erhalten.

Der öffentliche Sektor tut sich dabei besonders hervor. Laut Rechnungshof nahmen im öffentlichen Dienst im Jahr 2011 lediglich 1 Prozent der Frauen und 3 Prozent der Männer die tatsächliche Alterspension in Anspruch. Besonders häufig gehen Bundeslehrer (57,5 Prozent), Exekutivbeamte (58,9 Prozent) und Beamte des militärischen Dienstes (66,7 Prozent) in Frühpension. Bemerkenswert ist auch das Antrittsverhalten von Landeslehrern: So nahmen 2012 98,9 Prozent der oberösterreichischen Landeslehrerinnen und Landeslehrer eine Früh- oder Dienstunfähigkeitspension in Anspruch, in Salzburg waren es „nur“ 97,1 Prozent. Im Bereich der Hoheitsverwaltung des Bundes gehen laut Rechnungshof lediglich 17,9 Prozent der Bediensteten mit dem Regelpensionsalter in den Ruhestand, zwei Drittel gingen in Frühpension und 15,4 Prozent wegen „Dienstunfähigkeit“. Beim Thema Pensionsharmonisierung kocht insbesondere die Stadt Wien ihre eigene Suppe: Für Wiener Beamte gibt es eine Übergangsfrist bis 2042 (!), bis zu der die Durchrechnung auf 40 Jahre erhöht wird - im Bund wird diese Angleichung hingegen 2028 abgeschlossen sein.

Diese Zahlen zeigen vor allem eines sehr deutlich: Der Staat muss bei den Pensionen endlich seine überfälligen Hausaufgaben machen. Aber sicher nicht die Unternehmen. Es ist eine gewisse Dreistigkeit, angesichts der Entwicklungen im öffentlichen Bereich ein Bonus-Malus-Quotenmodell von der Privatwirtschaft einzufordern. (Die Arbeitslosenquote der Älteren 50+ ist unter Berücksichtigung von Schulungsteilnehmern geringer (!) als die allgemeine Arbeitslosenrate.) Die Industrie steht zur Beschäftigung Älterer und schätzt sie als wertvolle Arbeits-

kräfte. Das ist kein Lippenbekenntnis: Gerade bei den Älteren ist eine deutliche Beschäftigungszunahme zu verzeichnen. Österreich muss das Problem der Arbeitslosigkeit generell in den Griff bekommen. Die Lösung kann jedoch nicht sein, dass diejenigen bestraft werden, die Arbeitsplätze schaffen.

Jedenfalls fahrlässig ist es, weiter den Kopf in den Sand zu stecken und die ständigen „Keine Panik“-Parolen von ÖGB und AK nachzubeten: Denn seit 1970 hat sich in Österreich die Pensionsbezugsdauer der Frauen verdoppelt, jene der Männer sogar vervierfacht. Wir brauchen daher ein nachhaltiges Pensionssystem, das die Veränderung der Lebenserwartung konsequent berücksichtigt. Nur das garantiert die langfristige Finanzierbarkeit unseres Pensionssystems – wie es uns die internationalen Experten seit Jahren empfehlen. Wer Pensionen sichern will, soll nicht „schönreden“, sondern auch fair der jüngeren Generation gegenüber handeln.

Bei den Pensionen führt an strukturellen Reformen kein Weg vorbei – ebenso wenig wie an einem Ende der politischen Doppelbödigkeit und der Schönfärberei. Die unbekümmerte Fortschreibung des staatlichen Pensionsparadieses wäre nichts anderes als ein generationen- und zukunfts-politischer Skandal.

Ihr

Christoph Neumayer, Generalsekretär

## IMPRESSUM

Folgen Sie uns auf  oder adden Sie uns auf .

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2301, Fax: 01/711 35-2313, E-Mail: positionen@iv-net.at, Homepage: www.iv-net.at, ZVR: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Dr. Raphael Draschak, Andrea Gabmeyer. Redaktionelle Mitarbeit: Mag. Martin Amor, Mag. Robert Albrecht, BA, Lektorat: Mag. Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: MMag. Mathias Burtscher, DI Dr. Joachim Haindl-Grutsch, Mag. Johannes Höhrhan-Hochmiller, Mag. Josef Lettenbichler, Dr. Claudia Mischensky, Mag. Gernot Pagger, Dr. Ingrid Puschautz-Meidl, Mag. Michaela Roither, Mag. Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Matthias Penz, Doris Grussmann.

Druck: Ueberreuter Druckzentrum GmbH, 2100 Korneuburg. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv-net.at/b80

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter gleichermaßen.

# Pensionssparadies Österreich

**REFORM** Die Beschwichtigungspolitik bei den Pensionen muss ein Ende haben. Österreichs Pensionssystem muss fair und generationengerecht gestaltet werden. Die Industriellenvereinigung fordert ein beitragsorientiertes System.

„**E**s ist im Pensionsbereich nicht fünf vor, sondern fünf nach zwölf. Ein System, das nach wie vor Frühpensionierungen im großen Stil ermöglicht, können wir uns nicht mehr leisten“, bringt IV-Prä-



**„Der Mythos, es wären vor allem die Unternehmen, die Ältere hinauswerfen, ist ein reines Ablenken von den wahren strukturellen Problemen. Unser System ermöglicht zu einfach Frühpensionen und hier müssen wir ansetzen.“**

IV-Präsident Georg Kapsch

schwichtigungspolitik bei den Pensionen, wonach das System problemlos weiter finanzierbar sei, erweist sich zunehmend als Wählertäuschung. Jüngste Studien des Wirtschaftsforschungsinstituts EcoAustria zeigen sogar, dass nur 57,2 Prozent der Pensionen durch Beiträge gedeckt sind. 2013 mussten bereits 20,5 Mrd. Euro an Steuergeldern zugeschossen werden, um allen Pensionsansprüchen gerecht zu werden. Bei den Beamten-Pensionen ist die Lücke zwischen Einzahlungen und Auszahlungen noch größer: 2013 fehlten 78,13 Prozent, für die der Steuerzahler in die Tasche greifen musste.

sident Georg Kapsch das Problem auf den Punkt. Die Verharmlosungs- und Be-

## Weniger Arbeit, mehr Freizeit

Seit den 1970ern arbeiten die Österrei-



cherinnen und Österreicher immer weniger. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung stark gestiegen. Die Menschen verbleiben daher auch länger in Pension. Kapsch: „Jedes Schulkind kann sich ausrechnen, dass das auf Dauer nicht gutgehen kann.“ Im internationalen Vergleich wird der Handlungsbedarf in Österreich besonders deutlich: Das faktische Pensionsantrittsalter liegt mit 59,6 Jahren um fast vier Jahre unter dem OECD-Schnitt. Im Jahr 1970 lag das faktische Pensionsantrittsalter noch bei 61,2 Jahren. Österreich nimmt auch eine Schlusslichtposition bei der Gleichstellung des Pensionsalters von Männern und Frauen ein: Eine stufenweise Angleichung wird nach derzeitiger Gesetzeslage 2024 beginnen und erst

2033 abgeschlossen sein. Dies bewirkt für Frauen im Durchschnitt auch eine deutlich geringere Pensionshöhe. Auf Grund des niedrigen Pensionsantrittsalters und der hohen Lebenserwartung beziehen österreichische Pensionistinnen 27,6 Jahre lang ihre Pension – der OECD-Schnitt liegt bei 22,7 Jahren.

#### **Mehr Geld für Pensionen als für Bildung**

Die mangelnden Reformen im Pensionsbereich haben gravierende Auswirkungen für Österreich. Laut Prognosen des Finanzministeriums werden die Pensionsausgaben zwischen 2015 und 2035 von 13,9 auf 16,4 Prozent des BIP steigen. Die Ausgaben für Pensionen sind damit weit höher als Österreichs Ausgaben für Bildung.

## INTERVIEW

## „Finanzierung nachhaltig sichern“

### Wo sehen Sie den dringlichsten Handlungsbedarf im Pensionssystem?

Oberste Priorität haben die Annäherung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters an das gesetzliche sowie die deutliche Steigerung der Beschäftigungsquoten bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Tendenziell gibt es eine sehr erfreuliche Entwicklung – unsere Reformmaßnahmen greifen. Trotz allem müssen wir die Anstrengungen in vielen Bereichen noch weiter verstärken.

### Was sind die nächsten Schritte?

Wir befinden uns derzeit auf dem richtigen Weg. Das Pensionsantrittsalter ist 2014 mit 13 Monaten deutlich gestiegen, was eine direkte Folge der vergangenen Pensionsreformen ist. Sollten allerdings noch weitere Maßnahmen nötig sein, um z.B. das faktische Pensionsantrittsalter wie geplant anzuheben, dann werden wir diese auch setzen.

### Wird es zu Verschärfungen beim Pensionszugang kommen?

Diese Frage werden wir bis Februar 2016 klären. Wir müssen zunächst abwarten, ob die rund 80.000 Menschen, die heuer in Pension gehen könnten, auch tatsächlich später gehen. Dann wird sich auch entscheiden, welche Maßnahmen konkret gesetzt werden. Das Wichtigste ist, die Finanzierung des Pensionssystems nachhaltig zu sichern.



Bundesminister  
RUDOLF HUNDSTORFER

„Das Problem im Pensionssystem kann nur durch eine gesamtheitliche Reform gelöst werden. Wir benötigen eine Umstellung von einem leistungs- auf ein beitragsorientiertes Pensionssystem. Die steigende Lebenserwartung muss automatisch berücksichtigt werden“, erklärt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Im Gegensatz zum derzeitigen leistungsorientierten Pensionskonto ergibt sich in einem beitragsorientierten System die Pension unmittelbar aus den individuell geleisteten Beiträgen, ergänzt um Beiträge für gesetzlich festgelegte Ersatzzeiten. Die am Pensionskonto zum Pensionsantritt errechnete Summe der Beiträge, dividiert durch die durchschnittliche Restlebenserwartung, definiert versicherungsmathematisch neutral die Pensionshöhe. Diese wird vom Staat garantiert. Eine solche Umstellung würde mindestens 25 Jahre dauern und ist daher schon deshalb rasch in Angriff zu nehmen.

Aus Sicht der IV braucht es freilich auch positive Anreize, um die Beschäftigung Älterer zu erhöhen. Insbesondere gilt es, das Senioritätsprinzip abzubauen, das angekündigte Teilpensionsmodell umzusetzen sowie die Altersteilzeit zu optimieren, fordert die IV. Sie hat einen umfassenden Reformkatalog zur Pensionsreform entwickelt (sh. Kasten Seite 7).

### Malus-System ist Themenverfehlung

Vollkommen am Ziel vorbei gehen hingegen die bisherigen Überlegungen der Regierung, allen voran die Idee eines Bonus-Malus-Quotensystems. IV-Präsident

Kapsch: „Der Mythos, es wären vor allem die Unternehmen, die Ältere hinauswerfen, ist ein reines Ablenken von den wahren strukturellen Problemen. Unser System ermöglicht zu einfach Frühpensionen und hier müssen wir ansetzen.“

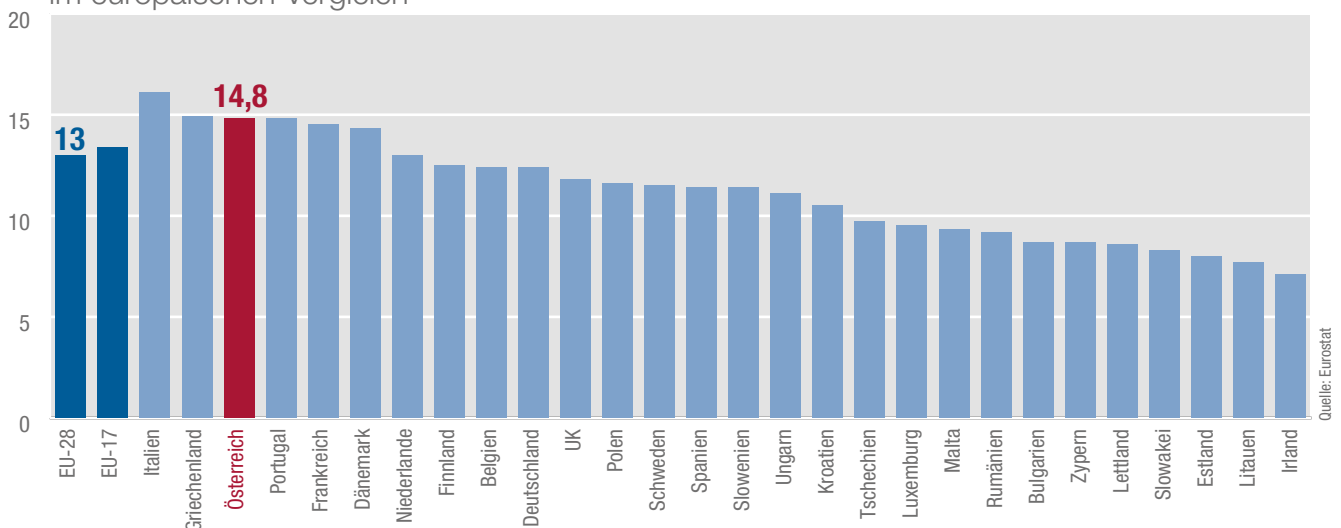
Die Entwicklung der Arbeitslosenquote bei älteren Arbeitnehmern zeigt, dass ein Bonus-Malus-Quotenmodell sachlich nicht zu rechtfertigen ist: Unter Berücksichtigung der Schulungsteilnehmer liegt die Arbeitslosenquote Älterer mit 10,7 Prozent unter der allgemeinen Arbeitslosenquote (10,9 Prozent). Die Zahl der unselbstständig beschäftigten Älteren ist (gegenüber März 2014) um +49.000 bzw. +6,1 Prozent gestiegen. „Unsere Betriebe zählen auf Know-how und Einsatz erfahrener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, resümiert IV-Generalsekretär Neumayer. Die Industrie spricht sich jedenfalls klar gegen Quotenmodelle für ältere Personen aus. „Es kann nicht sein, dass für alles und jeden Quoten ausgedacht und festgeschrieben werden. Bürokratische Mehrbelastungen für Betriebe schaffen keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz, sondern strangulieren den Arbeitsmarkt nur weiter“, so Neumayer.

### Problemfall öffentlicher Dienst

Ein echtes Problem stellt jedenfalls der öffentliche Dienst dar, der sich in anderen Bereichen gerne eine Vorreiterrolle zuschreibt: Arbeiten bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter kommt im öffentlichen Dienst viel seltener vor als in der Privatwirtschaft. So gingen 2012

## Pensionsausgaben in % des BIP

im europäischen Vergleich



im öffentlichen Dienst nur drei Prozent der Männer und ein Prozent der Frauen mit dem Regelpensionsalter in Pension. Im öffentlichen Dienst hat sich auch die teure „Hacklerregelung“ als beliebteste Pensionsform etabliert. IV-Chef Kapsch: „Es ist dreist, die privaten Unternehmen zu attackieren. Stattdessen sollte gerade im Pensionsbereich der öffentliche Dienst mit bestem Beispiel vorangehen.“

### Reformen machen den Unterschied

Was Österreich wirklich braucht, sind strukturelle Reformen, die Wachstum und Beschäftigung ankurbeln und so für zusätzliche Jobs sorgen. Bürokratische Mehrbelastungen für Betriebe schaffen keinen zusätzlichen Arbeitsplatz, sondern bewirken das Gegenteil. „Während die Reformen in anderen Ländern wirken und die Arbeitslosigkeit sinkt, hängt die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes an einem seidenen Faden. Die Politik ist gefordert, Absichtserklärungen zur Stärkung des Standorts auch umzusetzen“, fordert IV-Generalsekretär Neumayer. Priorität hat für die IV die – im Regierungsprogramm vereinbarte – Senkung der Arbeitszusatzkosten. Im Bereich der Unfallversicherung und des Familienlastenausgleichsfonds besteht erhebliches Potenzial zur Reduktion der Beiträge. Notwendig ist aber auch,

dass sich die Politik beim Thema Pensionsreform nicht länger vor den Fakten

drückt, sondern Klartext spricht. IV-Präsident Georg Kapsch: „Nicht nur Unternehmen, auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen noch stärker dafür sensibilisiert werden, dass eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ohne Alternative ist.“

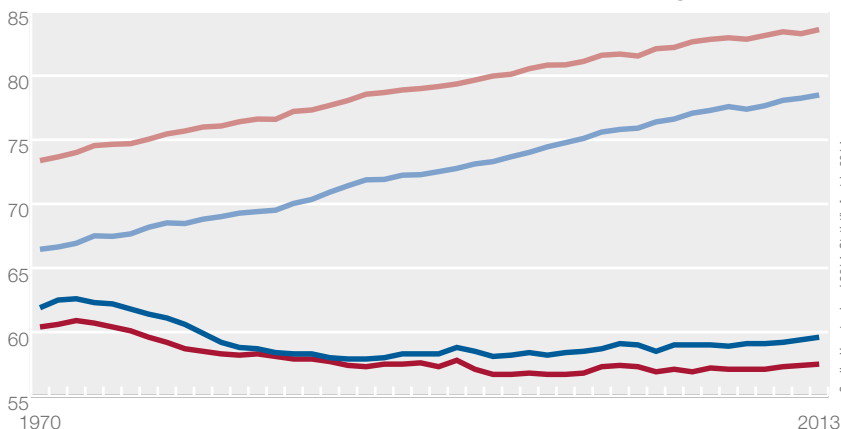
**„Bürokratische Mehrbelastungen für Betriebe schaffen keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz, sondern strangulieren den Arbeitsmarkt nur weiter.“**

IV-Generalsekretär Christoph Neumayer



## Faktisches Pensionsantrittsalter und Lebenserwartung von 1970 bis 2013

■ faktisches Pensionsantrittsalter Männer      ■ Lebenserwartung Männer  
■ faktisches Pensionsantrittsalter Frauen      ■ Lebenserwartung Frauen



## FACTBOX

### Die Reformvorschläge der Industriellenvereinigung auf einen Blick

#### Gesetzliches Frauenpensionsalter

- raschere Anpassung des gesetzlichen Frauenpensionsalters an das der Männer

#### Nachhaltigkeitsmechanismus

- Implementierung eines Nachhaltigkeitsmechanismus im Pensionssystem, der die steigende Lebenserwartung automatisch berücksichtigt

#### Flexibler Übergang Erwerbsleben – Pension

- Förderung längerer Erwerbstätigkeit durch Ermöglichung eines fließenden Übergangs von der Erwerbstätigkeit in die Pension (Teilpension)

#### Anreize für längeres Arbeiten

- wirksame, versicherungsmathematische Zu- und Abschläge

#### Rehabilitation und Erwerbsintegration vor Pension

- Eindämmung der Invaliditätspensionen durch gesetzliche Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten (Abschaffung Berufsschutz) und konsequente Verwirklichung des Grundsatzes Prävention, Rehabilitation und Erwerbsintegration vor Pension
- Sicherstellung des Datenaustausches und der Zusammenarbeit von Pensionsversicherung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung bei der Umsetzung von Rehabilitations- bzw. Integrationsmaßnahmen

#### Weitere Einschränkung frühzeitiger Pensionsformen

- Anhebung des gesetzlichen Zugangsalters zur Korridorpension
- möglichst zeitnahes gänzlich Auslaufen der Langzeitversichertenregelung („Hacklerregelung“)
- Integration der Schwerarbeitspension in die Invaliditätspension

#### Pensionsharmonisierung

- vollständige Pensionsharmonisierung auf Bundes- und Länderebene: raschere Angleichung des öffentlichen Dienstes an die gesetzliche Pensionsversicherung – Verkürzung der Übergangsfristen

#### Drei-Säulen-Modell

- Förderung der 2. und 3. Säule des Pensionssystems durch positive Anreize
- verbesserte steuerliche Berücksichtigung von Eigenbeiträgen zur Pensionsvorsorge

#### Realisierung eines beitragsorientierten Pensionskontos

- Übergang von einem leistungsorientierten zu einem beitragsorientierten Pensionssystem (beitragsorientiertes Pensionskonto)
- sukzessive Reduzierung der Zuschüsse des Bundes und insbesondere der Abgangsdeckung des Bundes für die gesetzliche Pensionsversicherung

# Technik kinderleicht!

**VERANSTALTUNG** Die Fort- und Weiterbildungsinitiative der Jungen Industrie für Kindergarten-Pädagogen ist gestartet.



Die Kooperationspartner Junge Industrie und Technisches Muesum Wien bei der Präsentation von „Technik kinderleicht!“

**D**as Technische Museum Wien und die Junge Industrie präsentierten im April die Fort- und Weiterbildungsinitiative für Kindergarten-Pädagogen im Bereich Naturwissenschaft und Technik. Im Rahmen der Auftaktveranstaltung wurde das Projekt „Technik kinderleicht! – Forschend Lernen im Kindergarten“ vorgestellt und die Bedeutung frühkindlicher Förderung hervorgehoben. Das Projekt „Technik kinderleicht!“ ermöglicht Kindergartenpädagoginnen, aufbauend auf der Lebenswelt und dem Erfahrungshorizont der Kinder, den Erwerb von technischen und naturwissenschaftlichen Zusatzqualifikationen. Darüber hinaus werden Aspekte wie Problemlösungskompetenz, Erkennen von Zusammenhängen und Sprachförderung miteinbezogen.

## Investitionen in Elementarbildung zahlen sich mehrfach aus

„Investieren statt reparieren ist besser für alle Beteiligten und spart Geld – gerade auch in der österreichischen Bildungslandschaft“, betonte die Bundesvorsitzende der Jungen Industrie, Therese Niss bei der Auftaktveranstaltung. Das gelte ganz besonders für die Elementarbildung, so Niss: „Wir wissen aus Studien, dass jeder in die Frühförderung investierte Euro einen mindestens achtfachen volkswirtschaftlichen Nutzen bringt.“ Gabriele Zuna-Kratky, Direktorin des Technischen Museums Wien (TMW), sieht die Rolle des TMW als Wissensvermittler: „Das TMW bietet bereits für die jüngsten Besucher eine Lernumgebung, in der sie die unterschiedlichen Themenbereiche der Technik in einem kindgerechten Setting kennenlernen können. Darum liegt es nahe, nicht nur Kindern eine adäquate

Lernumgebung zu bieten, sondern auch Pädagogen auf den Gebieten Technik und Naturwissenschaften zu stärken. Das TMW versteht sich aufgrund seiner langjährigen Erfahrung hier als Kompetenzzentrum und wirkt als Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Bildung und den Besuchergruppen. In Kooperation mit Bildungseinrichtungen wie PH, BAKIP und der Wissensfabrik werden unterschiedliche Weiterbildungen für Pädagogen angeboten.“

„Beobachten und Entdecken sind der Motor für das frühkindliche Lernen. Ein selbstständiger, forschender Zugang ist für die Kinder in diesem Alter besonders wichtig“, ergänzt die Kognitionswissenschaftlerin und Lernexpertin Katharina Turecek. Große Unterstützung findet das Projekt seitens der Kindergärten, allen voran vom International Daycare Center, dem Kooperationskindergarten von Infineon. Die pädagogische Leiterin, Nicole Zelhofer, sieht in der Zusatzausbildung ein wichtiges Handwerkszeug, damit Technik kein Tabu-Thema im Kindergarten bleibt. 2015 erhalten insgesamt 50 Pädagogen, je 25 pro Semester, die Möglichkeit am Projekt teilzunehmen. Pro Semester werden zwei ganztägige Workshops („Wasser“ und „Technik im Alltag“) durchgeführt. Als zusätzliche Unterstützung findet in den „Kinderleicht Cafés“ im Museum und im Haus der Industrie Erfahrungsaustausch statt. Die beteiligten Kindergärten werden für die Arbeit mit den Kindern mit eigens für das Projekt erarbeitetem Material ausgestattet. Die Experimente sind so konzipiert, dass alle benötigten Materialien im Kindergarten bereits vorhanden sind bzw. günstig gekauft werden können.



Stauende Kinder bei der Vorführung eines Experiments



# Richtig investieren, statt teuer reparieren



**Im Bereich der Bildung braucht es einmal Reformen, auch vor Mehrausgaben dürfen wir uns hier nicht scheuen. Das setzt freilich Bewegung in anderen Bereichen voraus.**

Wir haben im April unsere gemeinsame Initiative mit dem Technischen Museum Wien im Bereich der Ausbildung von Kindergartenpädagogen vorgestellt. Den entsprechenden Bericht findet Ihr im nebenstehenden Artikel. Von manch einem wurden wir immer wieder gefragt, warum die JI sich ausgerechnet beim Thema Elementarpädagogik (da auch Krabbelstuben) engagiert. Die Begründung hierfür ist eine zweifache: Einmal sind Kindergärten und Krabbelstuben die ersten Bildungsinstitutionen. Klingt einfach und logisch, in der pädagogischen Forschung ist diese Aussage auch unumstritten. Das Problem ist, dass bei uns in Österreich noch immer gerne von der reinen „Betreuung“ die Rede ist. Für reine „Betreuung“ aber braucht es auch keine besondere Ausbildung. Österreich ist mittlerweile das einzige Land innerhalb der EU, wo eine Ausbildung für Kindergartenpädagogen auf tertiärem Niveau nicht Standard ist.

Das ist ebenso bedauerlich wie der in diesem Bereich vollkommen unsinnige Föderalismus: Die Qualität der frühkindlichen Bildung ist in Österreich vom Wohnort abhängig. Das ist gerade bei diesem wichtigen Thema vollkommen unverständlich, eine

klare Bundeskompetenz wäre hier dringend nötig. Es geht hier also einmal ganz einfach darum, dass wir in Österreich dringend auch Reformen im Bereich der ersten Bildungsinstitution brauchen. Zweitens ist uns in der JI das Thema frühkindliche Bildung auch aus rein symbolischen Gründen ein Herzensanliegen.

Denn hier könnte und sollte die Politik eben das leisten, was wir seitens der JI immer wieder von der Politik einfordern: eine pragmatische, langfristig orientierte Politik im Dienste der Zukunft des Landes. Wie wir z.B. aus einer Studie wissen, rentiert sich jeder im frühkindlichen Bereich investierte Euro um mindestens das Achtfache. „Früh genug investieren, statt später teuer reparieren“ gilt eben gerade auch im Bildungsbereich. Der frühkindliche Bereich scheint aber wenig attraktiv zu sein, um sich politisch positionieren zu können. Freilich, die „größte Steuerreform aller Zeiten“ verkünden zu können, klingt allemal attraktiver. Dieses Denken in Schlagzeilen, von einem Tag zum nächsten, ist aber mittlerweile die größte Bedrohung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Denn es ist seit Jahren das immer gleiche Problem: Wir wissen um die strukturellen Schwächen Österreichs, hunderte Konzepte für Reformen liegen in ebenso vielen Schubladen. Allein der Mut zur Umsetzung fehlt. Diese österreichische Reformunfähigkeit wird uns Jüngeren irgendwann teuer zu stehen kommen.

Aber Reformen, oder gar Einsparungen, sind eben unpopulär. Keiner traut sich da drüber, denn jeder fürchtet sich vor dem nächsten Wahltermin. Und – es lebe der Föderalismus! – gewählt wird ja immer irgendwo. Das Vorgehen bei der „größten Steuerreform aller Zeiten“ war ja bezeichnend: Als Erstes einigt man sich darauf, wer sich ab wann wie stark entlastet fühlen möge. Ob und wie dann das notwendige Volumen zustande kommen kann, damit wir uns diese Entlastung überhaupt leisten können, das wird erst danach überhaupt zum Thema gemacht.

Einerseits halsen wir den kommenden Generationen also immer mehr Lasten auf, andererseits fehlt uns zudem noch das Geld, um genau diesen kommenden Generationen auch das notwendige Rüstzeug für die Bewältigung ihrer Zukunft mitgeben zu können. Eine wirkliche Generationengerechtigkeit, die sich immer auch als Chancengerechtigkeit verstehen muss, sieht anders aus.

Herzlichst Eure

Therese Niss,  
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

## Ideenwettbewerb zum Abheben

**BEWERB** Die Junge Industrie Steiermark (JI) will wissen, was Österreich zum besten „Lebens-Ausgangspunkt“ macht – bewerten Sie mit!



Geht es nach Großinvestor Warren Buffet, liegt sein Erfolg darin, zur richtigen Zeit im richtigen Land geboren worden zu sein. Was muss sich also heute in Österreich verändern, verbessern oder etablieren, um der „Generation 2015“ die besten Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten? Welche Impulse brauchen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik? Die einge-

reichten Ideen können ab sofort von allen auf [www.bestplacetoborn.at](http://www.bestplacetoborn.at) bewertet werden. Ursprung des Ideenwettbewerbs ist der „where-to-be-born“-Index. 2013 vom Magazin „The Economist“ erhoben, liegt Österreich im internationalen Ranking auf Platz 13. Der beste Platz, um auf die Welt zu kommen, ist demnach die Schweiz vor Australien und Norwegen.

# Traumtänzer auf schiefer Ebene

**Österreich wächst langsamer als die Eurozone. Da hilft nicht einmal die deutsche Lokomotive. Denn die Krise ist hausgemacht. Spitze sind wir nur noch bei der Inflation und unseren Ansprüchen.**

Dass Österreich in Standort- und Wettbewerbsvergleichen ständig an Boden verliert, ist schlimm; dass Regierung samt eingebetteten Sozialpartnern

Die große Herausforderung wird es sein, wieder zu einer gesunden Korrelation von eigenem Schaffen und Ansprüchen zurückzukehren. Die österreichische Krankheit einer übersteigerten Anspruchsmentalität zeigt sich etwa auf dem Arbeitsmarkt: Es kann doch nicht sein, dass der Staat für die unqualifizierte Hälfte der Arbeitslosen (jene ohne Qualifikation) adäquate Arbeitsplätze schaffen muss. Bildung

freiheit? Damit nähern wir uns dem Hauptproblem der österreichischen Malaise: Systemkosmetik und populistische Maßnahmen ersetzen Reformen. Vorrang hat die Wahrung der Besitzstände. Politik reduziert sich auf überholtes mechanistisches Wachstumsdenken und immer höhere Steuern. Waren es zuerst Reichen- und Vermögensteuern, die eine Steuerreform finanzieren sollten, wurde dann die als Steuerreform falsch etikettierte Lohnsteuerentlastung zur Mogelpackung Wachstumslokomotive aufgeblasen (wovon aber wenig spürbar werden dürfte), holt der Sozialminister nun die Maschinensteuer aus der Mottenkiste.



**„Systemkosmetik und populistische Maßnahmen ersetzen Reformen. Vorrang hat die Wahrung der Besitzstände. Politik reduziert sich auf immer höhere Steuern.“**

Matthias Kattinger, Autor „NEUE ZÜRCHER ZEITUNG“

und Qualifikation müssen wieder Bring-schuld werden. Was natürlich die Generalüberholung des Bildungssystems voraus-

Nichts als Ablenkungsmanöver. Von Wirtschaftspolitik im Sinne von verlässlichen Rahmenbedingungen keine Spur. Wie es auch kaum Zeichen der Besserung gibt. Weder in Standort-Rankings noch in der Regierungspolitik. Im Gegenteil, aufgrund der politischen Stärkeverhältnisse, da die gut organisierte Linke mit SPÖ, AK und ÖGB, dort die unter dem neuen Obmann noch beliebiger sozialdemokratisch werdende ÖVP, dürfte eher nochmals an der Steuerschraube gedreht werden. Es muss wohl noch schlechter werden, bis endlich

trotzdem überfällige Reformen verschleppen, ist noch schlimmer; am schlimmsten aber ist der verlorengegangene Zusammenhang von Leistung und Ansprüchen. Die Saat von Arbeiterkammer, Gewerkschaft und SPÖ scheint aufzugehen. Wie die inhaltlich umstrittene, von den Medien aber fast kritiklos übernommene Kampagne über die angeblich so ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung zeigt – auch wenn Österreich im EU- und OECD-Vergleich zu den „Gleichmachern“ zählt.

setzt. Vordringliche Ziele müssen die Aufwertung der Lehre, die gesunde Konkurrenz von Gesamtschule und Gymnasium sowie Klasse statt Masse auf den Universitäten sein.

ausgabenseitig saniert wird. Müssen wir – siehe Wettbewerb und Liberalisierung – darauf warten, dass EU, OECD und Währungsfonds entsprechenden Druck ausüben?

Überspitzt gesagt, hat Österreich das Konzept der „Affirmative Action“ sozialpolitisch, ja wohlfahrtsstaatlich missverstanden und Verteilungsgerechtigkeit zum einzigen politischen Leisten gemacht. Und dazu ein Bewusstsein geschaffen, das schon die Frage nach Pflicht und Leistung verdächtig werden lässt. Angst aber Österreich untypische pervertiert müssen die dass das Sozialproduktionsfaktor – statt nur Si-

Kein Unternehmen könnte mit einer Ausschussquote von 20 bis 25 Prozent überleben, aber Österreichs verbeamtete Lehrer sehen keinen Grund für Konsequenzen. So wie die Planifikateure in AK, ÖGB und SPÖ den durch Fehlanreize verstärkten „Mismatch“ (Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage) auf dem Arbeitsmarkt durch noch mehr Planung, wie neue Quoten, lösen wollen: Nach den älteren Arbeitnehmern die Lehrlinge – und dann? Etwa Quoten für arbeitslose Schulabbrecher, für Wirtschaftsflüchtlinge, für Privatkonkursler oder für ÖGB-Mitglieder? Wie ist das übrigens mit der per Verfassung garantierten unternehmerischen bzw. Erwerbs-

macht die sonst für Konsequenz. Wie Maßstäbe sein, system zum Prohochstilisiert wird cherheitsnetz zu



Foto: fotostock.com/neleera, Kattinger



Wissenschafts- und Wirtschaftsstaatssekretär Harald Mahrer (r.) mit ABA-Geschäftsführer René Siegl

# Rekordergebnis in der 33-jährigen Firmengeschichte

**KAMPAGNE** Die Austrian Business Agency (ABA) konnte im Jahr 2014 gemeinsam mit den Regionalgesellschaften 276 neue internationale Unternehmen in Österreich ansiedeln.

**B**esonders erfreulich ist der deutliche Ansiedlungs-Zuwachs bei Unternehmen, die in Österreich Forschung & Entwicklung betreiben – 13 gegenüber vier im Jahr 2013. Seit dem Start der Kampagne „Forschungsplatz Österreich“ haben 72 internationale Unternehmen 282 Millionen Euro in ihre F&E-Aktivitäten in Österreich investiert. Für Wissenschafts- und Wirtschaftsstaatssekretär Harald Mahrer ist dies ein eindrucksvoller Beweis für die Leistungsfähigkeit der angesiedelten Betriebe, die „qualitative, nachhaltige Arbeitsplätze mit Zukunftsperspektiven schaffen“.

## F&E-Investitionen gestiegen

Wichtigstes Investorenland mit 88 Ansiedlungen ist Deutschland, das Plus lag bei vier Prozent. „Erfreulicherweise waren darunter wieder einige größere Investitionen im zweistelligen Millionenbereich, daher liegt die mit den deutschen Ansiedlungen verbundene Investitionssumme von 274,5 Millionen Euro rund 40 Prozent über dem Vorjahreswert von

196,7 Millionen“, so ABA-Geschäftsführer René Siegl.

## Neue Kampagne gestartet

In diesem Zusammenhang will Mahrer auch die Kooperation zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft weiter verstärken: „Unsere Kampagne ‚Forschungsplatz Österreich‘ trägt Früchte. Die neuen Zahlen sind ein klarer Auftrag, die erfolgreiche und international sichtbare Initiative zu verlängern und zu intensivieren. Damit wollen wir die F&E-Investitionen internationaler Unternehmen erhöhen und die Ansiedlung von Leitbetrieben und Kompetenzzentren weiter forcieren. Österreich soll ein bedeutender Forschungs-Hotspot werden.“ Vier neue Werbesujets, die die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft illustrieren, werden in den nächsten Monaten in internationalen Wirtschafts- und Wissenschaftsmagazinen erscheinen und sollen verstärktes Interesse am Innovationsstandort Österreich wecken. Derzeit steht die ABA mit 737 Firmen in Verhandlung, die Interesse haben, nach Österreich zu kommen. 

## FACTBOX

### Über die ABA-Invest in Austria

Die ABA-Invest in Austria ist eine im Eigentum des österreichischen Wirtschaftsministeriums stehende Betriebsansiedlungsgesellschaft. Sie berät interessierte Unternehmen kostenlos bei der Standortwahl, in arbeits- und steuerrechtlichen Fragen, hilft bei der Suche nach Kooperationspartnern und unterstützt im Kontakt mit Behörden.

Derzeit betreut die ABA-Invest in Austria 737 internationale Unternehmen mit konkretem Ansiedlungsinteresse und damit um sechs Prozent mehr als um dieselbe Zeit vor einem Jahr.

[www.investinaustria.at](http://www.investinaustria.at)

# BUSINESSEUROPE Day 2015: Invest in Europe

**EVENT** Der High-Level-Event der europäischen Industrie hatte die Investitionsbedingungen in der EU im Fokus. Junckers Investitionsplan sei zwar ein wichtiges Signal, höchste Priorität habe die Wiederherstellung des Vertrauens in den Standort Europa.

**D**er BUSINESSEUROPE Day am 26. März 2015 stand unter dem Motto „Invest in Europe“ und widmete sich den Herausforderungen des Investitionsstandortes EU. Die EU ist nach wie vor die größte globale Volkswirtschaft, aber sie verliert Boden im internationalen Wettbewerb. Insgesamt ist die Investitionstätigkeit auf dem niedrigsten Niveau seit 20 Jahren. Als Hauptgründe werden der Mangel an Vertrauen, der schleichende Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und die vorherrschende Risikoaversion der Anleger in Europa gesehen. Die 315 Milliarden Euro-Investitionsinitiative der Juncker-Kommission wird daher als wichtiges Signal wahrgenommen.

## Investitionsbedingungen verbessern

Emma Marcegaglia, Präsidentin von BUSINESSEUROPE, lobte eingangs die Prioritäten der neuen EU-Kommission, forderte aber zeitnahe Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsumfelds, wie die Senkung der hohen re-

gulatorischen Energiekosten oder den Abbau von Überregulierung. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sowie EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sprachen in ihren Reden deutlich den Willen aus, das Investitionsklima zu verbessern. Juncker forderte aber auch eine stärkere Beteiligung der Mitgliedstaaten ein, während Schulz die vorherrschende Risikoaversion bei Investitionstätigkeiten und das fehlende Vertrauen in den europäischen Wirtschaftsraum bemängelte. Für Schulz ist jede Investition in Europa, egal ob als Privatanleger oder Staat, ein klares Bekenntnis zur europäischen Idee und ein wichtiger Schritt in eine gemeinsame Zukunft. In fünf thematischen Diskussionspanels, zusammengesetzt aus EU-Kommissaren und Unternehmern, wurden die Chancen der fortschreitenden Digitalisierung, regulatorische Effizienzsteigerungen durch „Better Regulation“, die Rolle der Energieunion und des Welt Handels sowie der Juncker-Investitionsplan diskutiert. Es wurde mehrfach betont, dass Europa das Potenzial besitze, im globalen Wettbewerb erfolgreich zu

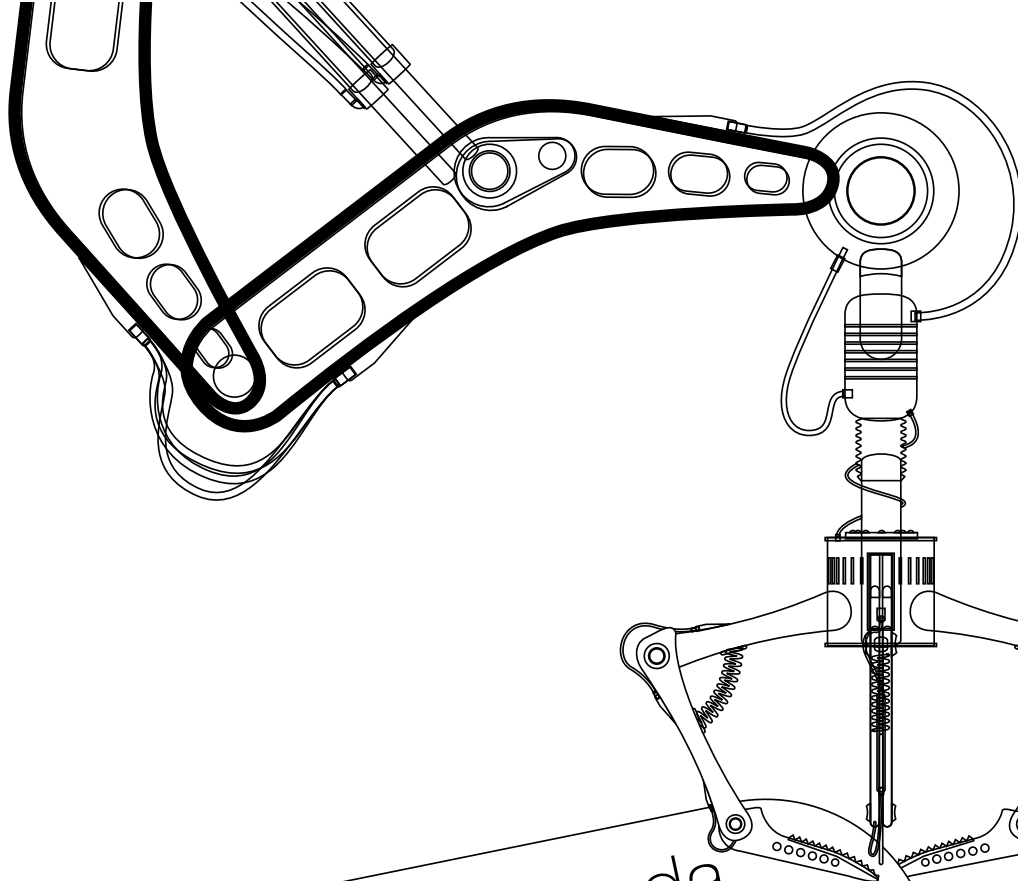
bestehen, vorausgesetzt es würden mutige Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Attraktivität des Investitionsstandortes folgen.

## Innovationskapital stärken

„BUSINESSEUROPE ist es mit diesem Event gut gelungen, sich der neuen EU-Kommission als wichtiger Akteur auf EU-Ebene zu präsentieren und den EU-Spitzenpolitikern klar zu machen, dass nicht mangelndes Innovationskapital das dringlichste Problem ist, sondern das fehlende Vertrauen in den Investitionsstandort EU“, betonte Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV). Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Notwendigkeit, Zukunftschancen wie die Forcierung der Digitalisierung, die Energieunion, und die Verbesserung der Innovationsfähigkeit zu realisieren, müssten dabei im Vordergrund stehen. Die IV war durch eine hochkarätige Delegation unter der Leitung von IV-Generalsekretär Neumayer und IV-Steiermark-Vizepräsident DI Stefan Stoltzka vertreten. 



Teilnahme der IV-Delegation am BUSINESSEUROPE Day (v.l.n.r.): R. Heiling (IV), E. Pipergia (IV), B. Berger (Direktor Rat der EU), P. Trompisch (IV), M. Helmy (IV), M. Roither (IV-NÖ), J. Haindl-Grutsch (IV-OÖ), C. Neumayer (GS IV), M. Beyrer (GD BUSINESSEUROPE), J. Reiter (Vetropack Austria GmbH), S. Stoltzka (VP IV-Stmk), T. Krautzer (IV-Stmk), A. Schantl (Magna), G. Pagger (IV-Stmk), G. Haas (IV)



## Digitale Agenda auf europäischer und nationaler Ebene

**WANDEL** Geeignete Rahmenbedingungen für  
den Megatrend Digitalisierung schaffen neue  
Chancen für die Industrie.

### EU-Strategie für „Digitalen Binnenmarkt“

Die Realisierung eines „Digitalen Binnenmarktes“ ist daher eng am Ziel einer nachhaltigen Förderung von Investitionen und der Wettbewerbsfähigkeit auszurichten, insbesondere ist ein wettbewerbsfähiger und innovationsoffener europäischer Rechtsrahmen zu schaffen. Im Zuge einer Novelle des europäischen Telekom-Regulierungsrahmens sind daher Auswirkungen auf Investitionen und Wettbewerb der Industrie in den Fokus zu rücken.

Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie kann für die nächsten Jahrzehnte nur durch die Förderung von Schlüsseltechnologien gelingen, insbesondere durch Industrie 4.0 und digitale Technologien. Der Industriestandort Österreich verfügt über eine hohe Innovationskraft, um bei der digital vernetzten Industrie von morgen mit an der globalen Spitze zu sein. Aber dafür müssen die Voraussetzungen stimmen. International wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen müssen daher auch die Basis jeder nationalen „Digitalen Agenda“ bilden.

### Digitale Infrastruktur maßgeblich für Wettbewerbsfähigkeit

Dabei sind Investitionen in leistungs- und zukunftsfähige digitale Infrastruktur als Basis für digitale Anwendungen eine wesentliche Voraussetzung. Die forcierte Umsetzung der „Digitalen Offensive“ der Bundesregierung ist daher ein wichtiger Schritt zur Erreichung nationaler und EU-Zielvorgaben der Breitbandstrategie 2020 des Bundes sowie der „Digitalen Agenda“ für Europa. Auch müssen entsprechende bildungs-, forschungs- und steuerpolitische Rahmenbedingungen mit dem Ziel, die Stärken der heimischen Industrie zu verbessern, gesetzt werden. 

**D**ie Digitalisierung verändert fast alle Bereiche von Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft. Zentraler Treiber dieses Wandels ist die Industrie durch digitale Innovationen, die für unsere volkswirtschaftliche Entwicklung und den Standort Österreich und Europa eine zentrale Bedeutung erlangt haben.

Die Europäische Kommission hat als oberste Priorität für die neue Legislaturperiode eine Politik gesetzt, die den Schwerpunkt auf Wachstum und Beschäftigung legt. Ein Kernelement davon ist die „Digitale Agenda“, für die Kommissar Öttinger hauptverantwortlich zeichnet, mit der Schaffung eines digitalen Binnenmarktes für Verbraucher und Unternehmen als deren zentralem Baustein. Es ist das Ziel der

EU-Kommission, das Potenzial digitaler Technologien, die kaum physische Grenzen kennen, voll auszuschöpfen.

Dieses Ziel muss nun rasch in die richtigen Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene umgesetzt werden, um Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplätze zu stärken. Die Europäische Kommission hat bereits angekündigt, am 6. Mai 2015 eine „Digital Single Market (DSM)-Strategie“ vorstellen zu wollen, um Investitionen, Wachstum und Beschäftigung zu forcieren – die industrielle Wettbewerbsfähigkeit muss dabei aus Sicht der Industriellenvereinigung (IV) im Zentrum stehen. Unsere gemeinsame Anstrengung muss sein, Innovation und Ausbildung wie auch technische Umsetzungskapazitäten in Europa zu halten – besser: wieder auf- und auszubauen.

### INFORMATION

Monika Schuh  
m.schuh@iv-net.at

# Unternehmen Kultur

**EDUCULT** Die Studie „Unternehmen Kultur“ untersucht die Potenziale von Partnerschaften zwischen Industrieunternehmen, Bildungssektor sowie Kunst- und Kulturbereich.



## FACTBOX

### Potenziale von Lernen in und mit Kunst und Kultur

- Ganzheitliches Lernen, das auch eine intuitiv-emotionale Seite einschließt, fördern
- Persönliche Kompetenzen wie Motivation, Eigenverantwortung und Reflexionsfähigkeit entwickeln
- Soziale Kompetenzen erweitern
- Kulturelle Kompetenzen wie Aushalten von Unsicherheiten, Prozessorientierung, das Ausprobieren neuer Lösungswege entwickeln
- Wettbewerbsvorteile durch mehr Kreativität und Innovationsgeist fördern
- Standortqualitäten erhöhen und Regionalentwicklung stärken
- Klima in Schulen und Unternehmen verbessern
- Lebenslanges Lernen durch kontinuierliche Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur – auch in Unternehmen – fördern
- Festgefahrene Strukturen durch künstlerische Innovationen aufbrechen
- Institutionen verzahnen und Synergien schaffen
- Ausgleich zum Arbeitsleben und zum Alltag schaffen

Abschlussbericht von „Unternehmen Kultur“  
[www.educult.at/forschung/unternehmen-kultur](http://www.educult.at/forschung/unternehmen-kultur)

Die Arbeitsbedingungen und damit die Anforderungen an das Bildungssystem haben sich in den vergangenen Jahren nachhaltig verändert. Wissen und Fähigkeiten reichen immer weniger aus und müssen um Kompetenzen wie Problemlösungsfähigkeit, Flexibilität und Kreativität ergänzt werden. Nur neugierige, vielseitig interessierte, über den eigenen Tellerrand blickende Mitarbeiter können dem Anspruch, innovativ zu sein, gerecht werden. Dazu kommt eine zunehmende Ästhetisierung der Arbeitswelt, die es mitzugestalten gilt. Es verwundert also wenig, dass da der Ruf von Experten aus Wirtschaft, Kultur und Bildung laut wird, Lernen in und mit Kunst und Kultur stärker als bisher in die (Aus-)Bildung zu integrieren.

### Potenziale definieren und effektiv nutzen

Die Industriellenvereinigung und die IV-Wien haben EDUCULT mit der Erstellung der Studie „Unternehmen Kultur“ beauftragt. Ziel war es, herauszufinden, welche Potenziale in der stärkeren Zusammenarbeit von Wirtschaft, Bildungssektor sowie Kunst- und Kulturbereich stecken. Die Ideen zur Umsetzung sind vielfältig. Fallbeispiele wie das Programm K3, Kulturvermittlung mit Lehrlingen von Kulturkontakt Austria, ermöglichen kulturelle Aktivitäten im Rahmen der Lehrlingsausbildung. Auch die Initiative JOBLINGE, unterstützt von Boston Consulting, BMW, UniCredit oder Peek & Kloppenburg, ergänzt ihr

Ausbildungsangebot für junge Menschen mit Schwierigkeiten, Beschäftigung oder einen Ausbildungsplatz zu finden, um ein Kultur- und Sportprogramm aus gutem Grund. Und so engagiert sich mittlerweile eine Reihe deutscher Unternehmensstiftungen, unter ihnen die PwC-Stiftung in Projekten wie „Kultur.Forscher!“, dafür, ästhetische Forschung in der Schule zu fördern.

### Bildung und Ausbildung als Erfolgsfaktor

Die mehr als 50 Interviewpartner waren sich einig in der Bedeutung, die die Beschäftigung mit Kunst und Kultur für eine zeitgemäße Bildung und Ausbildung haben kann. Kulturelle Bildung leistet einen wichtigen Beitrag zur Realisierung des jüngst veröffentlichten neuen Bildungsprogramms der IV „Beste Bildung für Österreichs Schulen“, das sich u.a. die Heranbildung ganzheitlicher Persönlichkeiten zum Ziel gesetzt hat. Welche Potenziale die Gesprächspartner identifizieren, ist im Kasten nachzulesen. Die Rückmeldungen haben aber auch klargemacht, dass für eine breite Umsetzung noch ein weiter Weg zurückzulegen ist. Mit den gewonnenen Einsichten schlägt EDUCULT eine Reihe von Folgemaßnahmen vor. Sie reichen von öffentlichen Informationsveranstaltungen über die Durchführung von Modellprojekten, die gemeinsam von Schulen, Kultureinrichtungen und Unternehmen getragen werden, bis hin zur Gründung einer „Cultural Learning Alliance“ nach englischem Vorbild, die mithilft, die Grundlagen für die Zusammenarbeit nachhaltig zu verbessern.

# Gibt es ein „Kaputtsparen“?

**IRRTUM** Mühselige öffentliche Haushaltskonsolidierungen beleben wie das Amen im Gebet den Mythos des „Kaputtsparens“. Und das, obwohl noch kein Staat durch überlegtes Sparen „kaputt“ gemacht wurde.

Die Apologeten des „Kaputtsparens“ behaupten, dass Konsolidierungen zu einem höheren Defizit führen, weil sie die Nachfrage so stark eindämmen, dass aus dem dadurch entstehenden Steuerverlust effektiv ein noch höheres Defizit resultieren würde. Dieser „Selbsterstörungsmechanismus“ konnte allerdings nie nachgewiesen werden. Genauso wie bisher noch kein Unternehmen durch Produktivitätssteigerungen in Konkurs gegangen oder ein übergewichtiger Patient durch eine kontrollierte Diät verstorben ist. Im Gegenteil: Alle empirischen Befunde über Budgetkonsolidierungen der vergangenen Jahrzehnte fallen durchaus positiv aus. Von den 107 Konsolidierungsepisoden der OECD-Staaten seit den 1980er-Jahren haben durchwegs jene, die überwiegend ausgabenseitig durchgeführt wurden, die Schuldenquote erfolgreich senken können und keine Rezession hervorgerufen.

## „Selbsterstörung“ findet nicht beim Sparen statt, sondern beim Verschulden

Die EZB hat nachgewiesen, dass ein höheres Budgetdefizit vor allem bei Staaten mit hohen Schuldenständen nicht mit mehr, sondern weniger Investitions- und Konsumdynamik einhergeht. Für Eurozonen-Mitglieder wurde eine Schulden-schwelle von 80 Prozent des BIP identifiziert, ab der zusätzliche Budgetdefizite keine Nachfrageausweitung schaffen, sondern eher eine Investitions- und Konsumzurückhaltung hervorrufen. In diesen Staaten sind die Konsumenten nicht „keynesianisch“, sondern „ricardianisch“ und erwarten durch zusätzliche Schulden keine zukünftige Belebung, sondern eine zukünftige Mehrbelastung (etwa durch Steuern). Umgekehrt wirkt eine Konsolidierung dauerhaft nachfragebelebend, vor allem für Investitionen. Der IWF hat in einer Untersuchung zahlreicher Budgetkonsolidierungen weltweit nachgewiesen,

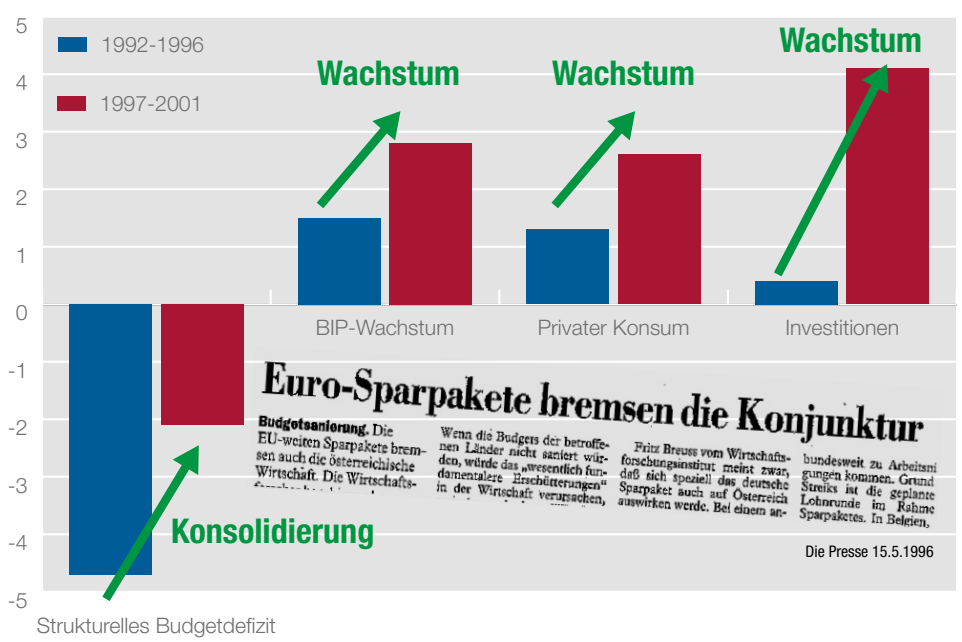
dass nach jeder Reduktion der Staats-schuldenquote um zehn Prozentpunkte das Wachstum längerfristig um 1,4 Prozent steigt (durch niedrigere Zins- und damit einhergehend niedrigere zukünftige Steuerbelastung sowie mehr private Investitionen). Kurzfristig kann die Ausgabensenkung in dieser Höhe das BIP in den ersten drei Jahren um bis zu einen Prozentpunkt senken, was aber spätestens in fünf Jahren wieder durch mehr Wachstum aufgeholt wird. Wenn angesichts dieser Faktenlage die „Kaputtspare-Apologetiker“ trotzdem ihr Weltbild nicht aufgeben wollen, greifen sie gerne zu einer vermeintlichen „Wunderwaffe“: Die „race to the bottom“-Argumentationskette, wonach die Austeritätspolitik spätestens dann zum Untergang des Abendlandes führt, wenn viele Länder (z.B. in der Eurozone) gleichzeitig sparen und sie sich damit ihre Nachfrage gegenseitig abgraben. Aber auch dieses Szenario können die Erfahrungen aus der unmittelbaren Vergangenheit nicht bestätigen. Als 1996 alle damaligen Euro-Kandidaten Sparpakete umgesetzt hatten, um

die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, sind die Staatsausgaben in den Euro-Staaten durchschnittlich um ganze 2,3 Prozent des BIP und das strukturelle Budgetdefizit um 2,6 Prozent des BIP gesunken. Wie wir heute wissen, hat sich das Wachstum in diesen Staaten in den Folgejahren aber keineswegs verringert, sondern beinahe verdoppelt (von einem Durchschnitt von 1,5 Prozent fünf Jahre vor den Sparpaketen auf 2,8 Prozent in den folgenden fünf Jahren). Auch der Anstieg der privaten Konsumausgaben hat sich genau verdoppelt und der Anstieg der privaten Investitionen hat sich sogar mehr als verzehnfacht. Hier wurde nicht „kaputtgespart“, sondern im Gegenteil der Grundstein für die Wachstumsdekade bis 2008 gelegt. Wir sollten also eher aus der Geschichte lernen und nicht von Mythen leben. **iv**

## INFORMATION

Clemens Wallner  
 c.wallner@iv-net.at

## Effekte der Maastricht-Sparpakete von 1996 in der Eurozone 1992-1996 verglichen mit 1997-2001



# Beste Bildung von Anfang an

**4. BAUSTEIN** Auf Basis wissenschaftlicher Expertise hat die IV ein umfassendes Bildungskonzept für die Phase von 0 bis 6 Jahren entwickelt: Mit dem Konzept „Elementarpädagogik: Beste Bildung von Anfang an.“ liegt der vierte Baustein des IV-Programms „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ vor.



**B**ildung fängt lange vor der Schule an. Elementare Bildungseinrichtungen sind – neben der Familie – entscheidend für die non-formale Bildung von mehr als

270.000 Kindern in Österreich. Sie ist der erste institutionelle Ansatzpunkt zur Potenzial- und Begabungsförderung und Schlüssel für Chancengerechtigkeit“, erläutert IV-Bereichsleiter Christian Friesl.



**„Mit der Elementarpädagogik wird das Bildungsfundament gebaut. Sie ist der erste institutionelle Ansatzpunkt zur Potenzial- und Begabungsförderung und Schlüssel für Chancengerechtigkeit.“**

IV-Bereichsleiter Bildung & Gesellschaft, Christian Friesl

Obwohl die positive Rolle von Krippen und Kindergärten als Orte frühkindlicher Bildung heute unbestritten ist, werden solche Bildungseinrichtungen nach wie vor oft als bloße „Betreuungsinstitutionen“ wahrgenommen. Das muss sich ändern, fordert die Industriellenvereinigung in ihrem neuen Konzept „Elementarpädagogik: Beste Bildung von Anfang an“. Die Elementarpädagogik soll als eigenständiger, gleichwertiger Bildungsbereich anerkannt werden.

270.000 Kindern in Österreich. „Mit der Elementarpädagogik wird das Bil-





### Strukturelle Herausforderungen lösen

Notwendig ist auch die Lösung struktureller Herausforderungen: Kompetenzzersplitterung und Qualitätsunterschiede durch uneinheitliche Rahmenbedingungen in den Bundesländern erschweren die inhaltliche Bildungsarbeit. Für Elementarpädagoginnen und -pädagogen gibt es zudem keine verpflichtende, tertiäre Ausbildung. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil die Ausbildung in den Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik (BAKIP) nicht alle für den Beruf notwendigen Qualifikationen vermitteln kann. Beim entscheidenden Übergang vom Kindergarten in die Schule fehlt es an Austausch zwischen den Institutionen. Österreich

investiert außerdem mit 0,43 Prozent des BIP vergleichsweise wenig in den frühkindlichen Bildungsbereich: Während der OECD-Schnitt 0,49 Prozent beträgt, machen die Investitionen in Dänemark 1,3 Prozent des BIP aus.

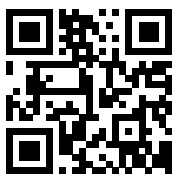
### Umfassender Reformkatalog

Vor diesem Hintergrund hat die Industriellenvereinigung einen umfassenden Reformkatalog zur Verbesserung der pädagogischen Qualität der Elementarbildung entwickelt:

- Im Handlungsfeld „Qualifikation – Professionalisierung – Diversität“ fordert sie eine Anhebung der Ausbildungsqualität auf allen Qualifikationsebenen. Dies sollen etwa eine



**INFORMATION**



Eva-Maria Haubner-Hufnagl  
 e.haubner-hufnagl@iv-net.at

Materialsammlung und Downloads  
 aller vier Bausteine  
 www.iv-net.at/b3596

BAKIP Neu als „echte“ BMHS und die schrittweise Akademisierung für leitende und gruppenführende Funktionen ermöglichen. Neben der verpflichtenden Fort- und Weiterbildung für alle Fachkräfte empfiehlt die IV Qualitätskriterien für die Ausbildung von (Betriebs-) Tageseltern und Maßnahmen zur Erhöhung des Männeranteils in der Elementarpädagogik.

- Im Bereich „Strukturqualität – Rahmenbedingungen – Angebot“

schlägt das IV-Konzept ein Bundesrahmengesetz vor, das Qualitätsstandards u.a. bei den strukturellen Rahmenbedingungen oder der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festlegt. Mit dem flächendeckenden Ausbau des Bildungs- und Betreuungsangebots soll auch die Förderung von betrieblichen Betreuungs- und Bildungsangeboten verknüpft sein.

- Im Handlungsfeld „Pädagogik – Bildungsbereiche – Elterneinbin-

**Qualifikation**  
**Professionalisierung**  
**Diversität**

**Strukturqualität**  
**Rahmenbedingungen**  
**Angebot**

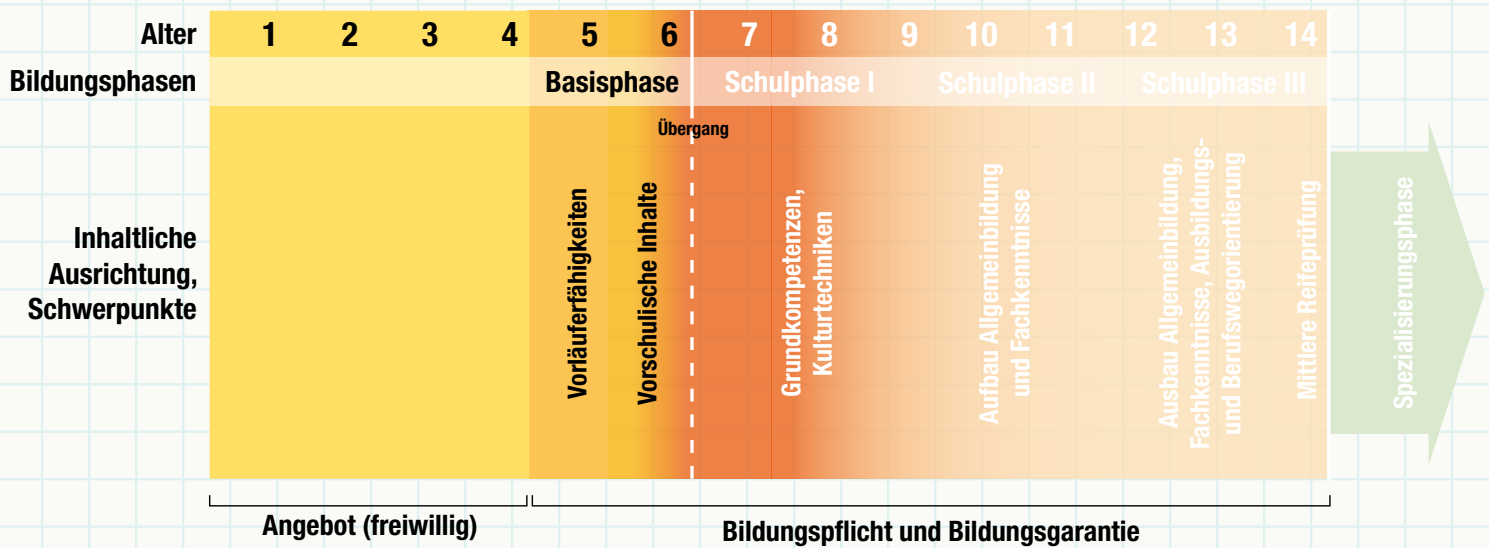
**Pädagogik**  
**Bildungsbereiche**  
**Elterneinbindung**

**Übergänge**  
**Anschlussfähigkeit**  
**Bildungspflicht**

**Kompetenzen**  
**Autonomie**  
**Finanzierung**

**Qualitätsentwicklung**  
**Qualitätssicherung**  
**Evaluation**

## Elementare Bildungsphase



„sortieren“. Gebietskörperschaften, Vereine, Einzelpersonen, Gemeinden oder Gemeindeverbände sollen als Bildungsträger öffentlich finanziert werden, wenn sie ein Akkreditierungsverfahren durchlaufen haben. Es soll auch sozial gestaffelte Elternbeiträge geben.

- Im Handlungsfeld „Qualitätsentwicklung – Qualitätssicherung – Evaluation“ schlägt das IV-Konzept schließlich Maßnahmen zur kontinuierlichen Qualitätsentwicklung und -feststellung vor – und verlangt eine externe Evaluation durch eine unabhängige Qualitätssicherungsstelle. Zu bester Bildungsqualität von Anfang an gibt es eben keine Alternative. iv
- Im Bereich „Übergänge – Anschlussfähigkeit – Bildungspflicht“ sieht das IV-Konzept die Einbettung der letzten beiden, für alle Kinder verpflichtenden Kindergartenjahre („Basisphase“) in das Konzept der Bildungspflicht vor. Ein besonderes Augenmerk soll auf der optimalen Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule gelegt werden. Statt einer punktuellen Schulreife-Entscheidung soll es Begleitung und eine gemeinsame Feststellung der Schulfähigkeit durch Kindergarten und Schule im letzten Kindergartenjahr geben.
- Im Handlungsfeld „Kompetenzen – Autonomie – Finanzierung“ plädiert die IV dafür, die Elementarbildung zur Bundeskompetenz zu machen. Das Kindergarten- und Hortwesen soll zum Bildungsministerium res-

sortieren. Gebietskörperschaften, Vereine, Einzelpersonen, Gemeinden oder Gemeindeverbände sollen als Bildungsträger öffentlich finanziert werden, wenn sie ein Akkreditierungsverfahren durchlaufen haben. Es soll auch sozial gestaffelte Elternbeiträge geben.

- Im Handlungsfeld „Qualitätsentwicklung – Qualitätssicherung – Evaluation“ schlägt das IV-Konzept schließlich Maßnahmen zur kontinuierlichen Qualitätsentwicklung und -feststellung vor – und verlangt eine externe Evaluation durch eine unabhängige Qualitätssicherungsstelle. Zu bester Bildungsqualität von Anfang an gibt es eben keine Alternative. iv



# Studie: Neue Arbeitsplätze durch konstante Ausschüttungspolitik

**STUDIE** Eine Analyse der 50 führenden heimischen Unternehmen zeigt, dass die Stabilität bei Ausschüttungen für ein Beschäftigungsplus sorgt.


**D**as Jahr 2013 war ein schwieriges Jahr. Ein geringes Wirtschaftswachstum und ein neuerliches Aufflammen der „Griechenlandkrise“ sorgten nicht nur bei österreichischen Unternehmen für eine leicht rückläufige Umsatzentwicklung. Nichtsdestotrotz haben Österreichs 50 führende börsennotierte und nicht-börsennotierte Unternehmen von 2007 bis 2013 39.000 direkte Arbeitsplätze geschaffen. Dies bestätigt die von Industriellenvereinigung und Aktienforum bei Contrast in Auftrag gegebene Ausschüttungsstudie mit vorliegenden Zahlen aus 2013. Daraus geht hervor, dass der oftmals wiederholte Vorwurf, Unternehmen würden durch Ergebnisausschüttungen nur ihre Eigentümerinnen und Eigentümer bedienen und somit weniger Kapital für betriebliche Zu-

kunftsinvestitionen zur Verfügung stellen, nicht richtig ist, so die Studienergebnisse. Ganz im Gegenteil: Durch das konstante Ausschüttungsverhalten gerade der letzten Jahre mit Ausschüttungsquoten zwischen 35 – 40 Prozent konnte auch eine große Stabilität beim Aufbau von Arbeitsplätzen erreicht werden.

## Weniger Ausschüttungen als Trugschluss

„Niedrigere Ergebnisausschüttungen zu bejubeln, ist unangebracht. Diese hemmen nur die Investitionskraft von Unternehmen“, so Christoph Neumayer bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Präsidenten des Aktienforums, Robert Ottel. Die Studie der Contrast Management Consulting GmbH zeige auch, dass 2013 bei einer Ausschüttungsquote von 39,1 Prozent ein neuer Beschäftigungshöchststand mit 460.652 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (siehe Grafik) erreicht wurde. Die Ausschüttungsquote liegt somit noch immer deutlich unter der vom DSW (Deutschen Schutzverband für

Wertpapierbesitzer) empfohlenen Quote von 50 Prozent. „Wer behauptet, dass durch weniger Ausschüttungen die Investitionskraft von Unternehmen verstärkt stimuliert werden kann, unterliegt einem Trugschluss“, betonte Robert Ottel.

Der Umsatz von Unternehmen werde primär zur Deckung der Kosten von Personal, Material und für Reinvestitionen verwendet. Erst nach diesen Aufwendungen decke der Betriebserfolg die Kosten des Fremdkapitals, Steuern und letztendlich mögliche Ausschüttungen an Eigentümerinnen und Eigentümer ab. „Weniger Ausschüttungen, eine höhere Steuerlast auf der einen und eine stärkere Investitionskraft sowie Arbeitsplatzschaffung auf der anderen Seite, wie dies stellenweise gefordert wird, entbehrt jeder Logik“, so beide unisono. „Anstelle ideologisch geprägter Polemik sollte man besser weitere Schritte setzen, um den kleinen österreichischen Kapitalmarkt zu beleben und von dessen positiven Effekten zu profitieren“, so Neumayer und Ottel abschließend. 



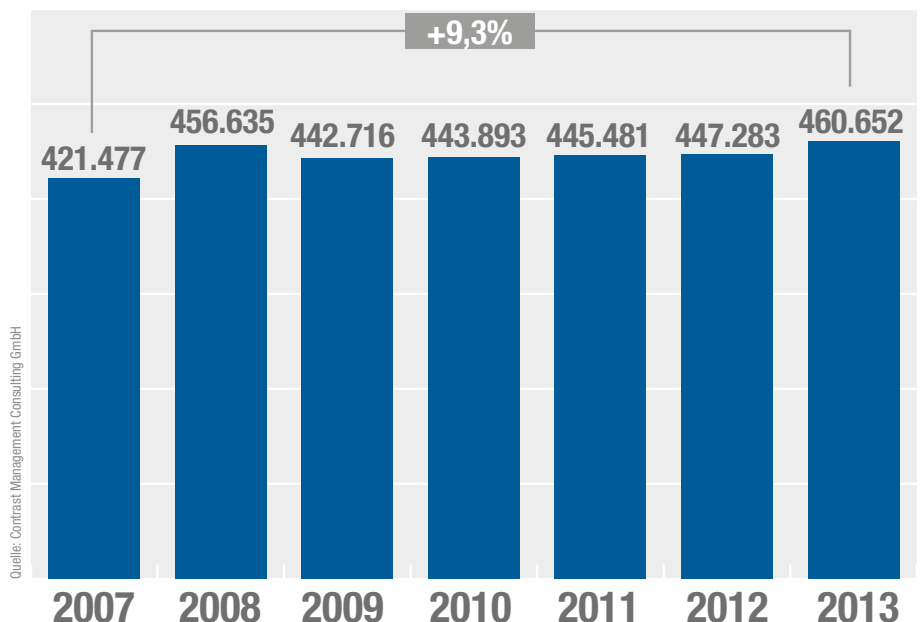
V.l.n.r.: IV-GS Christoph Neumayer und der Präsident des Aktienforums Robert Ottel bei der Pressekonferenz am 9. April 2015 im Haus der Industrie

## INFORMATION

Karl Fuchs  
k.fuchs@aktienforum.org

**Web-Tipp:**  
www.aktienforum.org

## Entwicklung der Mitarbeiterzahlen 2007-2013



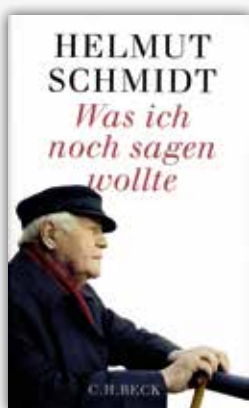
# Der Krieg in Österreich 1945

Während zu Beginn des Jahres 1945 der Luftkrieg unbarmherzig tobte, näherte sich der Landkrieg immer weiter den Grenzen auch von Österreich und mündete schließlich in den „Endkampf“. Der Krieg in Österreich 1945 ist jedoch auch die Geburtsstunde der Zweiten Republik. Der Autor zeichnet ein detailgenaues Bild der Ereignisse. Auf der Grundlage intensiver Archivistudien und zahlloser persönlicher Gespräche mit Kriegsteilnehmern gelingt es ihm, die unterschiedlichsten Zeugnisse der Vergangenheit zu einem Ganzen zu fügen und das große Geschehen mit berührenden Einzelschicksalen zu verweben.

**Der Krieg in Österreich 1945**



Manfred Rauchensteiner, Amalthea,  
544 Seiten, 29,95 Euro



Helmut Schmidt, C. H. Beck,  
239 Seiten, 18,95 Euro

## Was ich noch sagen wollte

Sieben Jahre nach „Außer Dienst“ legt Helmut Schmidt jetzt ein neues eigenes Buch vor. Seine Ausgangsfrage lautet: Brauchen wir heute noch Vorbilder, und wenn ja, zu welchen Zielen sollen sie uns anleiten? Schmidt erzählt von Menschen, die ihn prägten und an deren Beispiel er sich bis heute orientiert. Politik ist pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken, hat Helmut Schmidt einmal gesagt. Weil er stets pragmatisch handelte, hat man ihm früh das Etikett des „Machers“ angeheftet. Dass seiner Politik aber immer ein strenges sittliches Koordinatensystem zugrunde lag, ahnten die wenigsten.

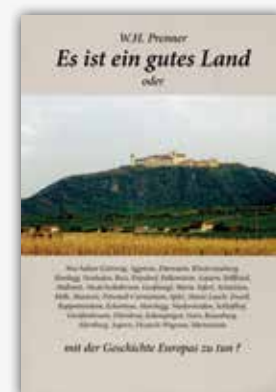
**Was ich noch sagen wollte**

## Es ist ein gutes Land

Im Mittelpunkt des Buches steht die Beschreibung der kulturellen, politischen und geschichtlichen Hintergründe der hiesigen Landschaft und ihrer Sehenswürdigkeiten aus der Sicht eines „europäischen Österreichers“ von heute. Der Autor ist kein Historiker, sondern stellt sich mit Ironie und Selbsterkenntnis u.a. der Frage: „Wer hat eigentlich Göttweig gebaut? Und warum gerade hier?“

**Es ist ein gutes Land**

**Oder: Was haben Göttweig, Aggstein, Dürnstein ... mit der Geschichte Europas zu tun?**



Willi Hans Prenner,  
Eigenverlag, 385 Seiten



Stöger: Österreich ist Vorreiter im Bereich der digitalen, vernetzten Produktion.

# Österreich am Weg zum „Industrie 4.0-Frontrunner“

**INTERVIEW** Bundesminister Alois Stöger sprach anlässlich eines Besuches im Präsidium der IV-Wien und der IV-Niederösterreich mit den iv-positionen über künftige Projekte seines Ressorts sowie die Chancen des Innovationsstandortes.

## Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekte in den nächsten zehn Jahren?

Ich möchte den Menschen ein leistbares, leistungsfähiges, effizientes, sicheres, soziales und umweltfreundliches Verkehrssystem anbieten. Das ist die Zielvorgabe. Wir erreichen das vor allem durch den Ausbau des Bahnnetzes. Denn die Bahn ist als umweltfreundliches und sicheres Verkehrsmittel das Mobilitätsinstrument der Zukunft. Das gilt für Güter ebenso wie für Menschen. Deshalb investieren wir heuer 1,5 Milliarden Euro in neue und zu sanierende Bahnhöfe, leistungsstarke und schnelle Bahnverbindungen und wei-

tere Modernisierungen der Bahn-Infrastruktur. Parallel dazu investiert die ASFINAG heuer eine Milliarde Euro für mehr Verkehrssicherheit und Verkehrsentlastung ins Autobahnen- und Schnellstraßennetz.

## Zum Thema Innovation: Warum ist Österreich in vielen internationalen Innovationsrankings in den vergangenen Jahren eher zurückgefallen?

Österreich ist in vielen Bereichen top und das spiegelt sich ebenfalls in internationalen Studien wider. Zum Beispiel bei der „Industrie 4.0“-Studie von Roland Berger, wo Österreich zu den vier Frontrun-  
 des Kontinents zählt. Beim EU-Innovationsranking aber verlieren wir jedes Jahr einen Platz. Unsere Stärken liegen vor allem bei der Innovationsbereitschaft der Unternehmen und bei den Patentanmeldungen, die Schwächen liegen traditionell bei der geringen Akademikerquote und bei der unzulänglichen Finanzierung junger Gründer. Deshalb setzt mein Ministerium genau hier an, fördert junge Gründer und führt sie auch zum Markt.

des Kontinents zählt. Beim EU-Innovationsranking aber verlieren wir jedes Jahr einen Platz. Unsere Stärken liegen vor allem bei der Innovationsbereitschaft der Unternehmen und bei den Patentanmeldungen, die Schwächen liegen traditionell bei der geringen Akademikerquote und bei der unzulänglichen Finanzierung junger Gründer. Deshalb setzt mein Ministerium genau hier an, fördert junge Gründer und führt sie auch zum Markt.

## Wo sehen Sie die Stärken und Schwächen der Region Wien/NÖ im Bereich Innovation?

Niederösterreichs Stärke liegt in seiner breit aufgestellten Industrie mit großen innovativen Unternehmen, darunter ist der Maschinen- und Anlagenbau stark vertreten. Diese Branchen werden von der EU aber nicht als charakteristische Hochtechnologiebranchen eingestuft. Das ist sozusagen eine „virtuelle Schwäche“ des Innovationsstandorts Niederösterreich. Diese Unternehmen erzeugen aber High-tech-Produkte, die in aller Welt verkauft werden. Wien wiederum ist Standort für Hochtechnologieunternehmen, die sich mit internationalen Top-Produkten durchsetzen, zum Beispiel im Biotech-Bereich, in der Pharmainnovation und in der Weltraumtechnik.

## FACTBOX

### Alois Stöger, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

Geboren: 3. September 1960 in Linz

- Lehre als Maschinenschlosser
- 1979 bis 1986: Facharbeiter
- 1997 bis 2000: Studium der sozialen Praxis, Strasbourg und Linz
- 1986 bis 2008: Sekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie
- Diverse weitere Gewerkschaftspositionen und -funktionen
- 1997 bis 2009: Gemeinderat und 2003 bis 2007 Stadtrat in Gallneukirchen
- 2008 bis 2014: Bundesminister für Gesundheit
- seit 1. September 2014: Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie





# F&E-Standort Wien: Dynamik beleben



**Wien ist zweifelsohne eine Wissensmetropole. Die Stadt ist nicht nur die größte deutschsprachige Universitätsstadt, auch internationale Rankings weisen Top-Platzierungen für den bedeutendsten F&E-Standort Österreichs aus. Bei genauerem Hinsehen ist jedoch eine Abflachung der Entwicklungsdynamik festzustellen.**

Zwar nahmen in der Vergangenheit die F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors in Wien zu, jedoch lag die relative Wachstumsrate entgegen dem österreichweiten Trend unter dem Wachstum der Wirtschaft anderer Bundesländer. Und auch die Aufwendungen der Stadt Wien für F&E-Aktivitäten sowohl im Hochschul- als auch im Unternehmenssektor haben in der Vergangenheit nur moderat zugenommen. Der Anteil Wiens an den gesamtösterreichischen F&E-Ausgaben ist damit 2011 erstmals unter einem Drittel gelegen.

Die Maßnahmen, um diesem Trend entgegenzusteuern, sind ebenso vielfältig wie bekannt. Sie reichen von Aktivitäten im Bildungsbereich (Förderung der MINT-Fächer bzw. der Begeis-

terung von Kindern und Jugendlichen für Naturwissenschaften und Technik) über eine weitere Verbesserung der Rot-Weiß-Rot-Karte, um das Potenzial ausländischer Absolventen optimaler nutzen zu können, bis hin zur Entbürokratisierung der Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen.

Wichtig sind jedoch auch grundlegende Maßnahmen wie die Förderung von Unternehmertum, um insbesondere die Dynamik der Start-up-Szene weiter zu befeuern, sowie ein intensiverer, organisierter Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Eine noch umfassendere Bewerbung des Forschungs- und Technologiestandortes Wien ist außerdem zusätzlich notwendig, um mehr Spitzenkräfte aus dem Ausland nach Wien zu holen.

All diese Maßnahmen müssen letztlich darauf abzielen, dass künftig in regionalen F&E-Stärkefeldern vermehrt Forschungserkenntnisse auch in Innovationen und Produkte münden, um so längere Wertschöpfungsketten für den Standort zu ermöglichen. Weiters hat auch die Etablierung

eines konkurrenzfähigen, effizienten Steuersystems für den F&E-Standort enorme Bedeutung. Die kürzlich seitens der Politik beschlossenen Maßnahmen können hier nur ein erster Schritt gewesen sein.

Eines ist dennoch klar: Wien muss sich als F&E-Standort im internationalen Vergleich nicht verstecken. Die abnehmende Dynamik in diesem Bereich sollte jedoch ein Warnsignal an sämtliche Verantwortliche in Politik und Wirtschaft sein!

Ihr

Ing. Wolfgang Hesoun,  
Präsident der IV-Wien

iv

INDUSTRIELLENVEREINIGUNG  
WIEN

## Frühlingsfest

### IV-Wien-Frühlingsfest

**18. Juni 2015 | 18:00 Uhr**  
Kursalon Wien im Stadtpark

**Keynote:** Vizekanzler Dr. Reinhold Mitterlehner  
Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Nähere Informationen folgen auf dem Postweg.

# Spitzenkandidaten im Gespräch

**WIEN-WAHLEN** Im Vorfeld der bevorstehenden Landtagswahlen wurden bereits in den vergangenen Ausgaben der iv-positionen die Spitzenkandidaten von SPÖ, FPÖ und Grünen zu Interviews gebeten. In der aktuellen Ausgabe stehen nun die Spitzenkandidaten von ÖVP und NEOS als Gesprächspartner zur Verfügung.

## Juraczka: „15 Prozent Betriebsflächen verloren“




Manfred Juraczka, Landesparteiobmann ÖVP Wien

### Wo sehen Sie die wirtschaftspolitischen Schwerpunktthemen für Wien in den nächsten Jahren?

Wien ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität, gleichzeitig stehen wir vor großen Herausforderungen, insbesondere am Arbeitsmarkt. Wir müssen Wien unternehmensfreundlicher machen, konkret den Bürokratieaufwand weiter reduzieren und die Abgabenlast senken. Wir brauchen eine „Wiener Steuerreform“, die beispielsweise die Abschaffung der U-Bahn-Steuer beinhaltet. Der Unternehmer Hans Staud hat es auf den Punkt gebracht: „Ich kann meinen Kunden nicht zumuten, dass sie mein ‚Hobby Wien‘ mitfinanzieren.“

### Welche Rolle soll dabei die Industrie in der Stadt spielen?


Ohne Industrie werden wir den Wohlstand in Wien nicht halten können. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat der Standort mehr als 15 Prozent seiner Betriebsflächen verloren, in den letzten fünf Jahren mit steigender Tendenz. Wir brauchen Platz für die produzierende Wirtschaft, sonst verlieren wir gegenüber anderen Metropolen an Wettbewerbsfähigkeit. Und wir müssen endlich beginnen, in der Verwaltung zu sparen, um Mittel für Infrastrukturinvestitionen frei zu bekommen, ohne dass die Verschuldung weiter wächst. 

## Meinl-Reisinger: „Politik schafft keine Arbeitsplätze“

### Wo sehen Sie die wirtschaftspolitischen Schwerpunktthemen für Wien in den nächsten Jahren?

Wien hat Defizite in essenziellen Standortfaktoren wie Ausbildung, Innovation und nachhaltigem Wachstum. Dazu kommen hohe Abgaben und Lohnkosten. Das Resultat? Die Produktion siedelt ab, die Arbeitslosigkeit steigt. Die Politik schafft keine Arbeitsplätze – auch wenn sie das in Wahlzeiten gerne suggeriert. Neben wichtigen Maßnahmen wie einer Senkung von Dienstgeberbeitrag und Abgabenlast, mehr Venture Capital-Fonds und steuerlicher Begünstigung von Investments braucht es Investitionen in Bildung und eine Mentalitätsreform: Unternehmertum und Gründungen sind die Treibstoffe, die unsere Stadt am Laufen halten.

### Welche Rolle soll dabei die Industrie in der Stadt spielen?

Städte mit einer hohen Produktionsquote kommen besser durch die Krise. Aber es muss auch klar sein, dass wir die billige Fließbandproduktion nicht aus China zurückholen können. Nur durch Innovation schaffen wir nachhaltige Arbeitsplätze und stärken unsere Wettbewerbsfähigkeit. Hier spielt die Industrie eine große Rolle. Nur wenn die Industrie mit Schulen und Unis kooperiert, können Start-Ups und Spin-Offs entstehen. NEOS ist es ein Anliegen, die Kleinproduktion und die Herstellung von Prototypen wieder in die Stadt zurückzuholen. 



Beate Meinl-Reisinger, Vorsitzende NEOS Wien